



**Offener Brief
an alle Abgeordneten
des Deutschen Bundestages**

26.10.2020

Betr: EEG-Novelle - Dringender Korrekturbedarf

Das **Aktionsbündnis Gegenwind-Saarland** wendet sich an alle Abgeordneten mit der dringenden Bitte um Ihre Unterstützung. Im Rahmen des Gesetzgebungsprozesses zur EEG-Novellierung zeichnet sich eine äußerst besorgniserregende Entwicklung ab. Der Windkraftlobby ist es offensichtlich gelungen, folgende Passage im Gesetzentwurf unterzubringen:

„Die Errichtung von Anlagen zur Erzeugung von Strom aus erneuerbaren Energien liegt im öffentlichen Interesse und dient der öffentlichen Sicherheit“

Diese Behauptung kann man als eine dreiste Verdrehung von Tatsachen bezeichnen:

- **Windkraft dient in keiner Weise der nationalen Sicherheit!**
- **Windkraft dient noch nicht einmal einer sicheren Stromversorgung!**
- **Der Einsatz von Windkraft ist seit 20 Jahren ein erfolgloses und extrem teures Experiment!**

Wie wir alle wissen, ist Windkraft eine höchst unzuverlässige Energiequelle! Deshalb lassen sich jetzt schon stromintensive saarländische Industriebetriebe aus dem Ausland beliefern, u.a. mit französischem AKW-Strom, weil sie sich und ihre Arbeitsplätze vor dem permanenten Ausfallrisiko der Windenergie schützen müssen.

Außerdem destabilisiert Windenergie aufgrund ihrer physikalischen Eigenschaften permanent das gesamte Strom-Netz und verursacht deshalb unverhältnismäßig hohe Kosten für Regenergie. Windkraft würde ohne die Unterstützung konventioneller Energie wie Kohle, Gas und Kernkraft unser Land (Wirtschaft und Haushalte) ins Chaos stürzen. Windkraft hätte ohne den gesetzlich garantierten Einspeisevorrang und die schon seit über 20 Jahren andauernde Subventionierung überhaupt keine Chance in einem marktwirtschaftlich organisierten Energiesystem.

Darüber hinaus verursacht Windkraft erhebliche Kollateralschäden durch ihre erheblichen Negativauswirkungen auf Mensch und Natur. Diese Negativauswirkungen werden von den rund 1000 Bürgerinitiativen seit vielen Jahren publiziert (vgl. [VERNUNFTKRAFT](#)) und sind Ihnen sicherlich bekannt.

Weshalb die Begründung jeder rationalen Grundlage entbehrt, ist auch [in dieser Stellungnahme](#) der Bundesinitiative Vernunftkraft ab Seite 4 (unter "B. Ergänzende Anmerkungen") deutlich und nachvollziehbar erklärt.

Sollte der o. a. Passus (rot) zum Gesetz werden, wäre zu erwarten, dass ganz Deutschland systematisch und "unlimited" mit Windkraftanlagen zugestraftet würde. Zudem sähe sich die Politik in der Folgezeit unter ständigem Rechtfertigungsdruck, wenn der zu erwartende unkontrollierte und unbezahlbare Ausbau wieder eingebremst werden müsste. Der o.a. Gesetzespassus (rot) wäre ein Blankoscheck für eine Lobby, der es nicht um Wirtschaft und Klima und schon gar nicht um unser Land ginge, sondern einzig und allein um ihre finanziellen Interessen.

Die grundgesetzlich garantierten Rechte aller Betroffenen wären durch diese EEG-Novelle in Verbindung mit dem InvBeschlG fundamental eingeschränkt. Einsprüche von betroffenen und verantwortungsbewussten Bürgern vor Ort hätten praktisch keine Chance mehr.

Auch das Töten von Tieren und das Opfern von Naturschutzbelangen wäre die unaufhaltbare Konsequenz - denn weder geschützte Tiere noch Naturschutzbelange dürften sich dieser „öffentlichen Sicherheit“ in den Weg stellen. Jedes Bemühen um eine vernünftige(re) Energiepolitik wäre damit zum Scheitern verurteilt.

**Das ist nicht akzeptabel!
Darum bitten wir Sie dringend um Ihre Unterstützung:**

Der Passus:


„Die Errichtung von Anlagen zur Erzeugung von Strom aus erneuerbaren Energien liegt im öffentlichen Interesse und dient der öffentlichen Sicherheit“

darf keine parlamentarische Mehrheit finden!

Aufschlussreich ist hierbei, wie unauffällig der Text nach dem offiziellen Anhörungsverfahren zugunsten der Windkraftlobby verändert wurde. Zum Zeitpunkt der Anhörung vom 14. bis zum 17.09.2020 war im Entwurf noch folgende Textpassage zu lesen:

„§1 Absatz (5) Die Nutzung erneuerbarer Energien zur Stromerzeugung liegt im öffentlichen Interesse und dient der öffentlichen Sicherheit“

Aus der Formulierung „**Nutzung von Energie**“ wurde nach der Anhörung die Formulierung „**Errichtung von Anlagen**“, hier der Auszug:

 (5) Die Errichtung von Anlagen zur Erzeugung von Strom aus erneuerbaren Energien liegt im öffentlichen Interesse und dient der öffentlichen Sicherheit.“

Vermutlich ging man davon aus, dass diese versteckte, jedoch fundamentale Änderung in dem 160-seitigen Werk von den MdBs nicht bemerkt würde. Dabei ist im **Energiewirtschaftsgesetz** §1 Abs. 4, Nr. 3 bereits seit vielen Jahren umfassend definiert, wie eine sichere Stromversorgung zu gewährleisten ist:

3) (...) dass Erzeugungsanlagen, Anlagen zur Speicherung elektrischer Energie und Lasten insbesondere möglichst umweltverträglich, netzverträglich, effizient und flexibel in dem Umfang eingesetzt werden, der erforderlich ist, um die Sicherheit und Zuverlässigkeit des Elektrizitätsversorgungssystems zu gewährleisten, (...)

Zum formellen Beteiligungsverfahren ist anzumerken, dass die am 14.09.2020 eingeleitete Länder- und Verbändeanhörung bis zum 17.09.2020 mit nur drei (!) Tagen Reaktionszeit eine politische Zumutung besonderer Qualität darstellte. Bei dieser EEG-Novelle handelt es sich schließlich um

einen Gesetzentwurf von 160 A4-Seiten mit gravierenden gesamtgesellschaftlichen sowie langfristig einschneidenden Auswirkungen. Man kann sich deshalb des Eindrucks nicht erwehren, dass eine gründliche Prüfung und eine kritische Auseinandersetzung mit der Neufassung des EEG nicht gewünscht waren bzw. verhindert werden sollten.

Ein solches Verfahren führt zwangsläufig zu folgenden Fragen:

- Ist das noch Demokratie?
- Soll die Beteiligung betroffener Bürger und der Naturschützer bewusst massiv eingeschränkt werden?
- Entsprechen solche Gesetzesentwürfe noch unserem Grundgesetz?
- Beginnt so die Zerstörung des Rechtsstaates?

Deshalb unsere Bitte an Sie und den gesamten Bundestag als Gesetzgeber:

Nehmen Sie Ihre Verantwortung wahr

- **für die Bürgerinnen und Bürger,**
- **für die Natur**
- **und für unsere Demokratie!**

Stimmen Sie gegen diese EEG-Novelle!

* * *